

Die zivilen Luftschutzmassnahmen = Les mesures civiles de protection antiaérienne

Autor(en): **Riser, A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **18 (1952)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-363437>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Aufstellung der neuen eidgenössischen Luftschutztruppen genügt für den Schutz der Bevölkerung nicht. Es müssen in der Ortschaft durch Behörden und Bevölkerung eine Reihe weiterer Vorkehren getroffen werden, wenn Aussicht auf erfolgreiche Hilfe und Abwehr bestehen soll. Die nachfolgende Uebersicht soll einen Einblick in diese erforderlichen Luftschutzmassnahmen vermitteln. Was davon zum Schlusse durchgeführt wird, werden zu gegebener Zeit die Eidg. Räte bestimmen, wenn ihnen das in Bearbeitung stehende neue Bundesgesetz über zivile Luftschutzmassnahmen zur Beratung vorgelegt wird.

I. Kriegserfahrungen

Die Auswertung der Kriegserfahrungen zeigt, dass es wirksame Luftschutzmassnahmen gibt und dass dort, wo sie gut vorbereitet waren und entschlossen durchgeführt wurden, trotz schwerster Bombardemente bis zu 90 % und mehr der Menschen gerettet werden konnten.

Die Terrorangriffe gegen England in den Jahren 1940/1941 führten keineswegs zum Zusammenbruch, weil der Widerstandswille der Bevölkerung stark und die Luftschutzvorbereitungen gut und umfassend waren.

Holland und Japan dagegen hatten ungenügende Luftschutzmassnahmen getroffen. Nach der Bombardierung der Stadt Rotterdam (30 000 Tote) kapitulierte Holland unter einer Art Schockwirkung, trotzdem die aufmarschierte holländische Armee von 20 Divisionen kaum angeschlagen war und nur sieben deutschen Divisionen gegenüberstand.

Japan kapitulierte unter dem starken Eindruck der Verluste im Kampfe um seine Aussenposten, der ausgedehnten Flächenbombardierungen auf zirka 40 seiner grössten Städte, sowie des Einsatzes der Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki, als sich auf den heimatischen Inseln immer noch eine Armee von 2,5 Millionen voll ausgerüsteter Soldaten befand.

In einem neuen Krieg wird mit noch schwereren Bombardierungen gerechnet werden müssen. Aber auch dann können nach dem Urteil von Fachleuten aus dem In- und Ausland unzweifelhaft grosse Teile der Bevölkerung gerettet werden, wenn die möglichen Schutz- und Rettungsmassnahmen getroffen wurden.

II. Aufgaben und Organisation des Luftschutzes

Das Ziel des Luftschutzes besteht in der äussersten Herabsetzung der Personen- und Sachschäden und damit in der Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens, der Widerstandskraft der Bevölkerung und der Erhaltung ihrer lebenswichtigen Güter. Da dem totalen Kriege die totale Verteidigung entgegengesetzt werden muss, ist zwangsläufig eine Organisation auf breiter Grundlage notwendig.

Die Dringlichkeit der Massnahmen hängt weniger von der militärpolitischen Lage ab, als vielmehr von der Zeit, die zur Vorbereitung und Durchführung der

Massnahmen benötigt wird. Ein wirksamer Luftschutz lässt sich nur auf lange Sicht vorbereiten. *Die Erstellung einer genügenden Bereitschaft erfordert im günstigsten Falle mehrere Jahre.*

Vorbereitung und Durchführung der Massnahmen werden in erster Linie in den Verantwortungsbereich der Gemeindebehörde fallen müssen. Sie allein ist im Stande, die Aufgaben zu überblicken und die Luftschutzpflichtigen am richtigen Orte zu verwenden.

Die Luftschutzmassnahmen sind vielgestaltig und weitschichtig und berühren alle Lebensverhältnisse.

Nur derjenige hat die Möglichkeit, mit dem Leben davonzukommen, der über die Gefahren orientiert ist und weiss, wie er sich zu verhalten hat. Diesem Zwecke dient die *Aufklärung*. Sie hat sich auf die ganze Bevölkerung zu erstrecken und insbesondere auf das richtige Verhalten des einzelnen und die Bedeutung des Selbstschutzes hinzuweisen.

Die *Verdunkelung* hat zur Aufgabe, fremden Flugzeugen die Orientierung durch Lichtquellen zu verunmöglichen. Sie erstreckt sich auf Lichtquellen in Gebäuden, in Betrieben und im Freien und wird, wie im letzten Aktivdienst, bei entsprechender Lage schon aus Neutralitätsgründen in der ganzen Schweiz durchgeführt werden müssen.

Die *Entrümpelung* hat den Zweck, die Brandgefahr herabzusetzen und das Löschen der Brände zu erleichtern. Sie besteht in der Entfernung leicht brennbarer oder entbehrlicher Gegenstände und der Schaffung von Ordnung und Uebersichtlichkeit. Sie muss für alle hauswehrlpflichtigen Ortschaften vorgesehen werden.

Die *baulichen Massnahmen* (Schutzräume, Notausstiege, Mauerdurchbrüche) gewähren der Bevölkerung den bestmöglichen Schutz gegen alle Kriegseinwirkungen. Sie werden in allen grösseren Ortschaften notwendig werden. Zu den baulichen Massnahmen gehört ebenfalls die Erstellung von Wasserbezugsorten, welche vom Hydrantennetz unabhängig sind.

Die Regelung des *Strassenverkehrs* im Falle der Verdunkelung und bei Alarm wird die ganze Schweiz umfassen müssen und bezweckt die Sicherstellung eines reibungslosen Strassenverkehrs in Notzeiten und damit das Vermeiden unnötiger Personen- und Sachschäden.

Alle Ortschaften von einiger Grösse, d. h. von etwa 1000 Einwohnern, haben zudem kleine oder grössere *zivile Luftschutzorganisationen* aufzustellen, d. h. sie werden organisationspflichtig.

a) *Die örtliche zivile Luftschutzleitung*. Sie ist verantwortlich, dass in der Ortschaft die durch das Gesetz vorgesehenen zivilen Luftschutzmassnahmen vorbereitet und durchgeführt werden und verfügt grundsätzlich über alle dem Luftschutz dienenden Mittel in der Ortschaft.

An der Spitze der örtlichen zivilen Luftschutzleitung steht der zivile Ortsleiter, der als Vertreter der zivilen Behörden, in Verbindung mit den Leitern der verschiedenen örtlichen Organisationen, die zivilen Luftschutzmassnahmen vorzubereiten und wenn notwendig zu koordinieren hat. Er verfügt im Falle eines Angriffs oder einem

anderen Schadenereignis auch über eine vorhandene Luftschutztruppe, auch wenn diese militärisch nicht ihm, sondern dem Territorialdienst unterstellt ist.

b) *Alarm, Beobachtung und Verbindung.* Die Organisation des Alarms, der Beobachtung und der Verbindung bezweckt, die Bevölkerung sowie die in der Ortschaft anwesenden zivilen und militärischen Dienststellen sowie Organisationen vor drohenden Gefahren aus der Luft, vor Ueberflutungen oder anderen kriegerischen Einwirkungen zu warnen.

Es wird notwendig werden, dass jede organisationspflichtige Ortschaft eine Alarmzentrale einrichtet, welche die entsprechenden Meldungen und Befehle der sogenannten Warnsendestellen über Warnung, Alarm und Endalarm abnimmt und an die in Frage kommenden Stellen weitergibt.

c) *Die Hauswehren.* Unter Hauswehr versteht man die ganze Schutz- und Rettungsaktion eines Hauses oder einer Häusergruppe.

Die Hauswehren haben im Hause oder in der Häusergruppe bei Personen- und Sachschäden den Hausbewohnern alle mögliche erste Hilfe zu leisten.

Soweit es die Anzahl und die Eignung der verfügbaren Personen gestatten, ist in jedem Haus, das dauernd benutzt wird, eine Hauswehr zu bilden.

Unbewohnte Gebäude sind in die Bewachung einzuschliessen.

Wo es zweckdienlich erscheint, bilden die Personen mehrerer benachbarter Gebäude gemeinsam eine Hauswehr.

d) *Der Betriebsluftschutz.* Dieser hat die Aufgabe, das Betriebspersonal zu alarmieren, Brände zu bekämpfen, Verschüttete zu retten, bei Personen die erste Hilfe zu leisten und den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Betriebsluftschutzorganisationen werden vor allem für grössere industrielle und gewerbliche Betriebe, Anstalten der öffentlichen Dienste, kommerzielle oder ähnliche Betriebe mit etwa 50 und mehr Angestellten und Arbeitern notwendig.

Für kleinere Betriebe können grundsätzlich Hauswehren genügen.

Für die SBB, PTT und Militäranstalten dürften besondere Vorschriften notwendig werden.

e) *Die Kriegsfuerwehren.* Unter Kriegsfuerwehren versteht man die Kriegsorganisation der Friedensfuerwehren.

Die Kriegsfuerwehren haben Grossbrände zu bekämpfen und die Hauswehren sowie die Betriebsluftschutzorganisationen zu unterstützen.

Organisation, Ausbildung und Korpsausrüstung der Kriegsfuerwehren werden grundsätzlich den Friedensfuerwehren entsprechen, doch sind die Anforderungen eines Krieges nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

f) *Die Obdachlosenhilfe.* Die Obdachlosenhilfe hat die Aufgabe, Obdachlose unterzubringen, zu verpflegen, mit dem dringendsten Bedarf zu versehen und ihnen alle weitere notwendige Hilfe zu leisten.

Soweit möglich, werden Obdachlose innerhalb der Gemeinde verbleiben müssen. Ist dies unmöglich, so muss die Unterbringung in auswärtigen Gemeinden, in Ver-

bindung mit den territorialdienstlichen Kommandostellen, erfolgen.

g) *Die Kriegssanität.* Die Organisation der Kriegssanität hat die Aufgabe, Verletzten und Kranken die erste Hilfe zu leisten und, wo notwendig, ihren Transport in die Spitäler sicher zu stellen, allenfalls unter Führungnahme und mit Unterstützung der territorialdienstlichen Kommandostellen.

In den Aufgabenbereich der Kriegssanität fallen voraussichtlich auch die Belange des chemischen und bakteriologischen Krieges sowie der Atomwaffe, ebenso die Organisation des zivilen Blutspendedienstes.

III. Ausrüstung und Requisition

Die persönliche Ausrüstung wird nach den Kriegserfahrungen sowie auf Grund praktischer Bedürfnisse mindestens aus Schutzhelm, Gasmaske, Leibgurt und einer Armbinde bestehen müssen. Eine Uniform ist weniger wichtig, als dass eine Bekleidung zur Verfügung steht, welche sich zur Durchführung der Aufgabe eignet.

Für die allgemeine Ausrüstung dürften vor allem benötigt werden:

Installationen und Geräte für Alarm, Beobachtung und Verbindung,

Eimerspritzen für die Hauswehren,

Notküchen und Notvorräte für die Obdachlosenhilfe, Sanitätsmaterial für die Kriegssanität,

Warngeräte gegen radioaktive Substanzen,

Gasmasken, Schutzhelme, Eimerspritzen, Sandsäcke und Chemikalien (teilweise vom Bund zur späteren Abgabe an die Bevölkerung eingelagert).

Durch die Requisition muss die örtliche zivile Luftschutzleitung im aktiven Dienst diejenigen Hilfsmittel (bewegliche und unbewegliche Sachen) in Anspruch nehmen können, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf.

Die Gemeinde muss bereits im Frieden, im Einvernehmen mit dem zuständigen territorialdienstlichen Kommandanten, befugt sein, Requisitionen des notwendigen Luftschutzmaterials vorzubereiten.

IV. Bestände

Nach den vorangegangenen Ausführungen dürften durch die zivilen Massnahmen etwa 650 Ortschaften mit ungefähr 2,5 Millionen Einwohnern und 2600 Industriebetriebe, Spitäler und Verwaltungen erfasst werden. Auf Grund der Kriegserfahrungen sind im Einsatz ungefähr 30 % der Bevölkerung notwendig, wenn die Rettungsarbeiten ermöglicht und die Schäden unter Kontrolle gebracht werden sollen. Auf Grund dieser Ueberlegung wird für alle zivilen Organisationen ein Bestand von zusammen etwa 750 000 Personen notwendig werden. (Im letzten Aktivdienst waren es bei zirka 2,2 Millionen Einwohnern gesamt haft etwa 600 000 Personen.)

V. Kosten und Kostenverteilung

Es ist nicht zu vermeiden, dass die Neuaufstellung des zivilen Luftschutzes recht beträchtliche Kosten verursacht. Das Beschaffen der persönlichen und allgemeinen Ausrüstung, der Ausbau der Alarmanrichtungen und die Grundausbildung der zivilen Organi-

sationen bedeuten ohne die Massnahmen des baulichen Luftschutzes, welche nach besonderen Vorschriften behandelt werden, für Bund, Kantone, Gemeinden und Private einmalige Ausgaben in der Höhe von ungefähr 120 Millionen. Daneben entstehen für Grundausbildung, Uebungen, Rapporte, Materialunterhalt, Versicherungen, Aufklärung und jährliche Aufwendungen im Betrage von ungefähr 12 Millionen. (Wird davon abgesehen, dem untern Personal bei stundenweiser Ausbildung eine Vergütung zu gewähren, dürften sich die einmaligen Ausgaben um schätzungsweise 14 Millionen, die jährlich wiederkehrenden Kosten um schätzungsweise 8 Millionen verringern.)

Ueber die Kostenverteilung werden die Eidg. Räte zu bestimmen haben. Jedenfalls wird mit einer Kosten-

beteiligung des Bundes für Massnahmen, welche er verbindlich vorschreibt, gerechnet werden können.

VI. Schlussbemerkungen

Die Durchführung dieser zivilen Schutzmassnahmen entspricht einer zwingenden Notwendigkeit. Organisation, Ausrüstung und Ausbildung werden allerdings ohne grosse Aufwendungen nicht möglich sein. Andernfalls werden jedoch nach den Kriegserfahrungen die Verluste und Schäden unerträglich gross, zeigen sich Verzweiflung und Ratlosigkeit und erlahmt die Widerstandskraft gegen Leid, Erschöpfung und Zerrüttung. Deshalb können diese Ausgaben, welche dem Gesamtinteresse unseres Landes dienen, unbedingt verantwortet werden.

Les mesures civiles de protection antiaérienne *Lt.-colonel A. Riser, Berne (Version française Fv.)*

La création des nouvelles troupes de protection antiaérienne ne suffit pas à garantir la protection de la population. Dans les localités, une série d'autres dispositions doivent être prises par les autorités et les habitants, pour affronter avec succès le péril aérien. L'exposé qui va suivre donne un aperçu des mesures de protection antiaérienne qui sont nécessaires. C'est aux Chambres qu'il appartiendra, lorsqu'il viendra en discussion devant elles, la nouvelle loi fédérale en préparation sur la protection civile de la population, de déterminer les mesures à prendre et les préparatifs à faire en la matière.

I. — Les expériences de guerre

Les enseignements que l'on en a tirés montrent indiscutablement qu'il est des mesures de protection efficaces contre le péril aérien et que là où elles furent bien préparées et appliquées avec résolution, les pertes en vies humaines, en dépit des bombardements les plus violents, purent être ramenées jusqu'au taux de 10% et même moins. Les attaques terrifiantes dirigées en 1940/1941 contre l'Angleterre, ne la firent aucunement s'effondrer, car la volonté de résistance de sa population resta insurmontable et les mesures de protection antiaérienne prises, excellentes et de grande envergure.

En Hollande et au Japon, au contraire, elles furent insuffisantes. Après le bombardement de la ville de Rotterdam (30 000 morts), la Hollande capitula, comme anéantie sous l'effet du choc, lors même que son armée, forte de 20 divisions, n'avait en face d'elle que 7 divisions allemandes et n'avait presque pas combattu.

Le Japon capitula sous le coup des pertes subies dans les combats pour conquérir des postes avancés, des bombardements en surface de 40 de ses plus grandes villes, comme aussi de l'emploi de la bombe atomique sur Hiroshima et Nagasaki. A ce moment,

il disposait encore, sur les îles métropolitaines, d'une armée de 2 millions et demi d'hommes parfaitement équipés.

Il faut compter que, dans une nouvelle guerre, sévront des bombardements plus effroyables encore. Mais, même dans ce cas, selon le jugement d'experts, tant de notre pays que de l'étranger, une grande partie de la population pourra être épargnée, si les mesures possibles de protection et de sauvetage sont prises.

II. — Tâches et organisation de la protection antiaérienne

Le but de la protection antiaérienne est de réduire au plus strict minimum les dommages aux personnes et aux choses et par là de maintenir la vie de la cité, la volonté de résistance de ses habitants et la possibilité de conserver leurs biens les plus essentiels. A la guerre totale, doit s'opposer la défense totale ce qui, nécessairement, implique son organisation sur la base la plus large.

L'urgence des mesures à prendre dépend moins de la situation politico-militaire que du temps qu'elles absorbent pour être préparées et exécutées. Une protection antiaérienne efficace n'est réalisable qu'à long terme. Dans les conditions les plus favorables, un degré de préparation suffisant exige plusieurs années pour être atteint.

C'est à l'autorité communale que doit incomber la responsabilité de préparer et exécuter les mesures, car elle seule est en état d'avoir une vue générale des tâches qu'elles nécessitent et d'employer où et à quoi ils doivent l'être les hommes tenus de servir dans la PA.

Les mesures de celle-ci sont multiformes, s'inspirent d'un esprit de prévoyance poussé très loin et touchent en quelque sorte à toutes les circonstances de la vie de l'individu.

La possibilité d'en réchapper ne s'offre qu'à celui qui est renseigné sur les dangers auxquels il devra faire face et sur le comportement à observer en telle occurrence. C'est pourquoi il importe *d'éclairer et instruire* toute la population sur ce qui l'attend et ce que l'on attend d'elle, en particulier sur la nécessité pour chacun de se comporter judicieusement et sur l'importance capitale de la selfprotection.

L'obscurcissement a pour but d'enlever aux avions étrangers la possibilité de s'orienter d'après les sources de lumière. Il s'applique à l'éclairage public, à celui intérieur et extérieur des habitations et des établissements. Tout comme lors du dernier service actif, il devra, selon la situation, et pour des raisons de neutralité déjà, être appliqué dans le pays tout entier.

Le *déblaiement des combles* a pour objet de diminuer le danger d'incendie et de faciliter les travaux d'extinction. Il consiste à les débarrasser de tout ce qui est très combustible ou dont on peut facilement se passer, et à faire en sorte que ce qui reste soit en ordre et bien visible. L'application doit en être prévue pour toutes les localités tenues d'organiser des gardes d'immeubles.

Les constructions de PA (abris, sorties de secours, ouvertures dans les murs du sous-sol) assurent à la population le plus haut degré de protection. Elles comprennent également l'établissement de prises d'eau indépendantes du réseau d'hydrants.

La réglementation du *trafic routier* durant l'obscurcissement et les alertes devra s'étendre à toute la Suisse. Elle vise à assurer la sécurité de la circulation en temps de dangers et à éviter ainsi des dommages inutiles aux personnes et aux choses.

Toutes les localités de quelque importance, c'est-à-dire à partir de 1000 habitants, sont en outre tenues de créer des *organismes civils de protection antiaérienne* dont l'effectif peut varier.

a) *Direction locale de la PA civile*. Elle est responsable de l'exécution dans la localité des mesures civiles de PA prévues par la loi. Elle dispose, en principe, de tous les moyens pouvant y être mis en œuvre à cette fin.

A sa tête est placé le chef de localité qui, en sa qualité de représentant des autorités civiles et en liaison avec les chefs des différents organismes locaux, est chargé de préparer les mesures civiles de PA et, au besoin, de les coordonner. En cas d'attaque ou d'un événement engendrant des dommages, il dispose de la troupe PA qui peut être stationnée dans la localité, même si celle-ci ne lui est pas militairement subordonnée, mais au service territorial.

b) *Alarme, observation, liaison*. Ce service a pour but d'avertir la population ainsi que les offices et organismes civils et militaires se trouvant dans la localité, qu'il y a danger imminent d'attaques aériennes, d'inondation ou que d'autres actes de guerre les menacent.

Chaque localité tenue d'organiser la protection civile devra installer une centrale d'alarme chargée de recevoir les messages en matière d'avertissement, d'alerte, fin d'alerte qui sont lancés.

c) *Garde d'immeubles*. On entend par là l'organisme chargé d'assurer le service complet de protection et de sauvetage dans une maison ou un groupe de maisons.

Les gardes d'immeubles doivent donner à leurs occupants tous les premiers secours possibles, en cas de dommages corporels et matériels.

Dans la mesure où le nombre et les aptitudes des personnes disponibles le permettent, une garde d'immeubles doit être constituée dans chaque maison habitée en permanence.

Celles qui ne le sont pas devront néanmoins être surveillées.

Lorsqu'il est judicieux de le faire, les personnes de plusieurs immeubles voisins constitueront une garde commune.

d) *Protection antiaérienne des établissements*. L'organisme qui l'assure a pour tâche d'alerter le personnel, de lutter contre les incendies, de dégager les personnes bloquées sous les décombres, de donner les premiers secours et de maintenir l'activité de l'établissement.

De tels organismes sont nécessaires avant tout dans les grandes entreprises industrielles et artisanales, dans les établissements des services publics, les maisons de commerce ou entreprises similaires occupant 50 employés et ouvriers ou plus.

Pour de petits établissements, une garde d'immeubles est en général suffisante.

En ce qui concerne les CFF, les PTT et les établissements militaires, il y aura lieu peut-être d'envisager des prescriptions spéciales.

e) *Pompiers de guerre*. On entend par là l'organisation, en pompiers de guerre, de ceux du temps de paix.

Ils ont pour tâche de combattre les grands incendies et de prêter leur concours aux gardes d'immeubles et aux organismes de PA des établissements.

Leur organisation, leur instruction et leur matériel de corps correspond, en principe, à ceux des pompiers du temps de paix. Il est nécessaire, toutefois, de tenir compte, dans la mesure du possible, des exigences accrues auxquelles ils devront faire face en temps de guerre.

f) *Aide aux sans-abri*. Ce service est chargé de les héberger, de les ravitailler, de pourvoir à leurs besoins les plus pressants et de leur donner toute l'aide dont ils peuvent avoir besoin dans la suite.

Autant que possible, on hospitalisera les sans-abri dans la commune même. Si la chose n'est pas faisable, il faudra alors, en liaison avec les services du commandant territorial, chercher à les loger dans les communes des alentours.

g) *Service sanitaire de guerre*. Il a pour but de donner aux blessés et malades les premiers soins et d'assurer, si c'est nécessaire, leur transport à l'hôpital, au besoin en faisant appel au concours des services du cdmt. ter.

Il aura vraisemblablement à s'occuper encore de ce qui a trait à la guerre chimique et bactériologique, ainsi que de l'arme atomique et de l'organisation du service civil de transfusion du sang.

III. — Equipement et réquisition

Les enseignements tirés de la guerre et les besoins pratiques montrent que l'équipement personnel doit comprendre au moins un casque protecteur, un masque à gaz, un ceinturon et un brassard. Il importe moins d'avoir un uniforme que de disposer d'un habillement se prêtant bien à l'exécution de la tâche qu'il faut remplir.

L'équipement général devrait comprendre avant tout:

- installations et appareils pour le service alarme, observation et liaison,
- seaux-pompes pour les gardes d'immeubles,
- cuisines et provisions de secours pour les sans-abri,
- matériel sanitaire pour le service sanitaire de guerre,
- détecteurs (compteur Geiger) de radiations,
- masques à gaz, casques protecteurs, seaux-pompes, sacs à sable et produits chimiques (la Confédération en a emmagasiné une certaine quantité pour distribution ultérieure à la population).

La direction civile de la PA locale doit pouvoir, en temps de service actif, disposer par voie de réquisition de ce dont elle a besoin (biens meubles et immeubles) pour faire face aux tâches qui lui incombent.

La commune doit déjà, en temps de paix, préparer, d'entente avec les cdt. des services territoriaux entrant en ligne de compte, les réquisitions du matériel PA nécessaire.

IV. — Effectifs

Selon ce qui vient d'être exposé, 650 localités comprenant approximativement 2 millions et demi de personnes et 2600 établissements industriels, hospitaliers et administratifs seront touchés. En se fondant sur les expériences de guerre, il est nécessaire de mettre à contribution le 30 % de la population, si l'on veut rendre possibles les travaux de sauvetage et la limitation des dégâts. Il s'ensuit qu'il faut pour l'ensemble des organismes et services civils un effectif

d'environ 750 000 personnes. (Lors du dernier service actif, on en comptait à peu près 600 000 pour 2 200 000 habitants.)

V. — Frais et répartition des dits

Il est inévitable que la refonte de la protection antiaérienne civile nécessite des dépenses très élevées. Pour l'acquisition de l'équipement personnel et général, le développement du système d'alarme et l'instruction de base des organismes civils, la Confédération, les cantons, les communes et les particuliers auront à faire face à des dépenses uniques d'un montant d'environ 120 millions, non comprises celles entraînées par les constructions de PA régies par des prescriptions spéciales. En outre, il faut compter avec des débours annuels approximativement de 12 millions pour l'instruction de base, les exercices, les rapports, l'entretien du matériel, les assurances, l'instruction de la population.

Si l'on n'envisage pas l'octroi d'une indemnité au personnel subalterne pour l'instruction par heure, le montant des dépenses qui n'ont lieu qu'une fois se verra réduit d'environ 14 millions et celui des dépenses qui reviennent chaque année approximativement de 8 millions.

Il appartiendra aux Chambres de fixer la répartition des frais. D'ores et déjà, on peut tenir pour assurée la participation de la Confédération pour ceux résultant des mesures obligatoires qu'elle prescrit.

VI. — Remarques finales

L'exécution de ces mesures civiles de protection répond à une nécessité impérieuse. Sans de lourds sacrifices financiers, elle n'est certes pas possible. Les expériences de guerre l'ont montré: lorsque ces mesures ne sont pas prises, les pertes et dommages atteignent alors des proportions qui les rendent insupportables, les souffrances et les épreuves qui accablent la population sont telles qu'elles l'épuisent, la panique et le désespoir s'emparent d'elle et font inévitablement s'effondrer sa volonté de résistance. Dans l'intérêt général de notre pays, ces sacrifices doivent être acceptés sans réserve.

Die Wiedereinführung der privaten Luftschutzkeller

Dipl. Ing. B. von Tscharnern, Sektionschef A + L

Im Jahre 1945 hatte jedermann genug vom Krieg und von allem, was daran erinnerte. Nach Intervention von verschiedenen Seiten beschloss daher der Bundesrat am Ende jenes Jahres, den Abbau der privaten Schutzräume zu gestatten. Trotzdem sind heute noch viele Schutzräume vorhanden.

Im April 1946 erstattete die Sonderkommission, welche über die zukünftige Gestaltung des Luftschutzes zu beraten hatte, ihren Bericht. Sie stellte sich auf den Standpunkt, Schutzräume in Wohnhäusern seien im Krieg unbedingt notwendig. Sie gab sich aber

nicht Rechenschaft über die erforderliche Bauzeit und glaubte, es genüge, wenn der Bundesrat «bei Zuspitzung der militär-politischen Lage» das Obligatorium für die Erstellung von Schutzräumen in bestehenden Häusern anordne. Die Lage ist seit 1946 nicht besser geworden. In der ganzen Welt, nah und fern, sind Gefahrenherde vorhanden. Unsere Armee wird vorbereitet und neu ausgerüstet. Industrie und Private legen Pflichtlager an. Mit den Massnahmen zum Schutze der Bevölkerung sind wir aber noch stark im Rückstand.